

 Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das Kalenderjahr 2025 (Jänner bis April 2025)

Wien, im Juli 2025

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis April 2025

Der aktuelle Bericht stellt die laufende Vollzugsmeldung bis zum April 2025 in der bewährten Form der tabellarischen Übersichten dar.

1. UG 20 – Arbeit

Keine Zahlungen im Berichtszeitraum Jänner bis April 2025.

2. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 12.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der ARR 2014 eingesetzt. Folgende Projektträger wurden mit insgesamt 11.730.126,00 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • Pro mente Oberösterreich • Sindbad - Mentoring für Jugendliche Österreich • Theater der Unterdrückten • Verein Pat:innen für alle • Verein Kriseninterventionszentrum • AFYA – Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam - Verein Interkulturelle Arbeit • Bundesverband Österreichischer Psycholog:innen • Die möwe • Verein zur Förderung und Führung von Kindern-, Jugend- und Familiencamps • Verband der österreichischen Tafeln • ÖPA – Österreichische Plattform für alleinerziehende Mütter/Väter und ihre Kinder • FEM.A – Verein Feministische Alleinerzieherinnen • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark

	<ul style="list-style-type: none"> • poika – Verein zur Förderung von gendersensibler Bubenarbeit in Erziehung und Unterricht • Die Armutskonferenz • Verein MAIZ, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen • Institut für Konfliktforschung • Österreichischer Gewerkschaftsbund • Dachverband Männer-, Burschen-, und Väterarbeit Österreich (DMÖ) • Institut für Frauen- und Männergesundheit • "Wiener Frauenhäuser" - Soziale Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder • undok - Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender • ASB Schuldnerberatungen GmbH • Volkshilfe Solidarität • Verein Grow together. Für einen guten Start ins Leben • Verein zur Förderung der National Coalition – Netzwerk Kinderrechte Österreich <p>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Die übrigen Mittel in Höhe von 269.874,00 € wurden für Werkverträge eingesetzt. Hierzu wird auf die Angaben zum nachfolgenden Ausgabenschwerpunkt verwiesen.</p> <p>Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben, erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2025 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Institut für Frauen- und Männergesundheit <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>
--	---

Materielle Auswirkungen	Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 von den angeführten NGO's rücküberwiesen (Beträge in €): <table border="1" data-bbox="610 736 1361 916"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>April 2025</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>- 15.254,05</td> <td>- 36.684,73</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2" style="text-align: right;">- 51.938,78</td></tr> </tbody> </table>		Vormonate	April 2025	Summe	- 15.254,05	- 36.684,73	Gesamt	- 51.938,78	
	Vormonate	April 2025								
Summe	- 15.254,05	- 36.684,73								
Gesamt	- 51.938,78									

Titel	Zweckzuschuss Pflege (DB 21.02.02.00)																																	
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2025 100.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt 50.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt																																	
Beschreibung der Maßnahmen	Im Falle einer Pandemie kann den Ländern nach Maßgabe der aus dem Krisenfonds zur Verfügung stehenden Mitteln als Beitrag für die Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen, insbesondere für Ersatzbetreuungseinrichtungen sowie Clearingstellen sowie außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal, ein zweckgebundener Zuschuss zur Verfügung gestellt werden. Gesetzliche Grundlage: § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz (BGBl. I Nr. 113/2021, Bundesgesetz, mit dem das Pflegefondsgesetz und das COVID-19-Zweckzuschussgesetz geändert werden)																																	
Materielle Auswirkungen	Auf Basis § 2 Abs. 2b PFG leistet der Bund den Ländern für außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal einen Kostenersatz in Höhe von 150 Mio. €. Das BMASGPK hat im Einvernehmen mit dem BMF eine Prüfung des Einsatzes des Zweckzuschusses und der widmungsgemäßen Verwendung durch die BHAG veranlasst. Nach Abrechnung der zweckgewidmeten Mittel wurden seitens der Länder im 1. Quartal insgesamt 8.155.294,18 € an den Bund zurückgezahlt.																																	
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 bis 2024</th> <th>April 2025</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Kärnten</td> <td>9.494.266,30</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Vorarlberg</td> <td>6.680.859,18</td> <td>- 4.127,10</td> </tr> <tr> <td>Wien</td> <td>32.121.665,93</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Burgenland</td> <td>4.970.656,15</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Niederösterreich</td> <td>28.412.821,60</td> <td>- 3.997.677,49</td> </tr> <tr> <td>Oberösterreich</td> <td>25.107.657,00</td> <td>- 4.153.489,59</td> </tr> <tr> <td>Salzburg</td> <td>9.403.114,36</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Steiermark</td> <td>21.043.439,75</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Tirol</td> <td>12.765.519,73</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td>141.844.705,82</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		2020 bis 2024	April 2025	Kärnten	9.494.266,30	0,00	Vorarlberg	6.680.859,18	- 4.127,10	Wien	32.121.665,93	0,00	Burgenland	4.970.656,15	0,00	Niederösterreich	28.412.821,60	- 3.997.677,49	Oberösterreich	25.107.657,00	- 4.153.489,59	Salzburg	9.403.114,36	0,00	Steiermark	21.043.439,75	0,00	Tirol	12.765.519,73	0,00	Gesamt	141.844.705,82	
	2020 bis 2024	April 2025																																
Kärnten	9.494.266,30	0,00																																
Vorarlberg	6.680.859,18	- 4.127,10																																
Wien	32.121.665,93	0,00																																
Burgenland	4.970.656,15	0,00																																
Niederösterreich	28.412.821,60	- 3.997.677,49																																
Oberösterreich	25.107.657,00	- 4.153.489,59																																
Salzburg	9.403.114,36	0,00																																
Steiermark	21.043.439,75	0,00																																
Tirol	12.765.519,73	0,00																																
Gesamt	141.844.705,82																																	

3. UG 24 – Gesundheit

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	39.422.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)
Materielle Auswirkungen	Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden: a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32); n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. Kostenersätze für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. §§ 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950. Kostenersätze für die Durchführung des Abwassermanagements (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz). <u>Anmerkung:</u> Mit BGBl I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes aufgrund des § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 getätigt (Beträge in €):			
		Vormonate	April 2025	gesamt
	§36(1) a Screeningprogramme	401.330,92	38.910,00	440.240,92
	§36(1) b Untersuchungen	825.120,13	34.351,60	859.471,73
	§36(1) d Absonde- rung v. Personen	0,00	0,00	0,00
	§ 36(1) f Verkehrs- einschränkungen	0,00	0,00	0,00
	§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	0,00	0,00	0,00
	§ 36 (1) i Verdienstentgang	2.050.809,62	79.228,02	2.130.037,64
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	4.956.170,10	0,00	4.956.170,10
	Zertifikate Epidemie- gesetz	0,00	0,00	0,00
	Sonst. Aufwendun- gen AGES	0,00	0,00	0,00
	Summe	8.233.430,77	152.489,62	8.385.920,39

Tabelle 2.8.1 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG Jänner bis Jänner bis April 2025

2025 - gesamt Epidemigesetz												
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2025 (Beträge in €)												
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemigesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	Österreich
a) Screenings	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38.910,00	0,00	401.330,92	440.240,92
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	0,00	0,00	0,00	928,45	0,00	0,00	0,00	857.276,60	0,00	1.266,68	0,00	859.471,73
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) die Gebühren der Epidemieärzte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	523.289,02	0,00	0,00	184.191,75	0,00	63.290,67	-43.668,12	1.402.934,32	0,00	0,00	0,00	2.130.037,64
n) §27a Beauftragungen	0,00	0,00	5.055.531,77	0,00	0,00	0,00	-99.361,67	0,00	0,00	0,00	0,00	4.956.170,10
Impfzertifikate Epidemigesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2025	523.289,02	0,00	5.055.531,77	185.120,20	0,00	63.290,67	-143.029,79	2.260.210,92	38.910,00	1.266,68	401.330,92	8.385.920,39

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	10.000.000,00 € veranschlagt Von den im Dezember 2021 getätigten Vorauszahlungen für bereits vorgelegte Abrechnungen wurden im Berichtszeitraum vollständig iHv. 743.000.000,00 € abgerechnet. Die Tabelle 2.8.4 gibt Aufschluss über die im Berichtszeitraum erfolgten Abrechnungen und deren Verwendung.
Beschreibung der Maßnahmen	Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 206/2022
Materielle Auswirkungen	Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt: <ul style="list-style-type: none"> ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5 ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen bis Juni 2023 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten- §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022

	<ul style="list-style-type: none"> ◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 30. Juni 2023 ◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022 ◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni) 																																																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz getätigt (Beträge in €):</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>April 2025</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td> <td>562.238,47</td> <td>0,00</td> <td>562.238,47</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td> <td>2.655.532,32</td> <td>-347.614,92</td> <td>2.307.917,40</td> </tr> <tr> <td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td> <td>-6.436,03</td> <td>37.358,38</td> <td>30.922,35</td> </tr> <tr> <td>§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen</td> <td>-375.134,84</td> <td>0,00</td> <td>-375.134,84</td> </tr> <tr> <td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td> <td>540,00</td> <td>0,00</td> <td>540,00</td> </tr> <tr> <td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>2.836.739,92</td> <td>-310.256,54</td> <td>2.526.483,38</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Gesamtauszahlungen sanken gegenüber jenen des letzten Berichts des Zeitraums Jänner bis Februar 2025 aufgrund von Rückzahlungen der Länder im März 2025 in Höhe von 2.997.988,53 €.</p> <p>Zusätzlich sind zu diesen Beträgen 14.766,08 € an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die Buchhaltungsagentur des Bundes hinzuzurechnen.</p>		Vormonate	April 2025	gesamt	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	562.238,47	0,00	562.238,47	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	2.655.532,32	-347.614,92	2.307.917,40	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	-6.436,03	37.358,38	30.922,35	§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen	-375.134,84	0,00	-375.134,84	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	540,00	0,00	540,00	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	0,00	Summe	2.836.739,92	-310.256,54	2.526.483,38
	Vormonate	April 2025	gesamt																																																		
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	562.238,47	0,00	562.238,47																																																		
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	0,00																																																		
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	2.655.532,32	-347.614,92	2.307.917,40																																																		
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	-6.436,03	37.358,38	30.922,35																																																		
§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen	-375.134,84	0,00	-375.134,84																																																		
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00																																																		
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	0,00																																																		
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	540,00	0,00	540,00																																																		
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	0,00																																																		
Summe	2.836.739,92	-310.256,54	2.526.483,38																																																		

Tabelle 2.8.3: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG Jänner bis April 2025

2025 - gesamt Zweckzuschussgesetz										
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2025 (Betrage in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	578.638,16	0,00	0,00	-17.239,69	0,00	0,00	0,00	840,00	0,00	562.238,47
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	2.532.770,17	0,00	0,00	0,00	294.965,17	0,00	5.430,00	-522.559,82	-2.688,12	2.307.917,40
Testungen - gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	87.906,38	0,00	0,00	-56.984,03	0,00	30.922,35
<i>davon:</i>										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen:										
Kosten (ohne Überstunden und	0,00	0,00	0,00	0,00	87.906,38	0,00	0,00	-56.984,03	0,00	30.922,35
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen:										
zusätzliche Überstunden von	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen:										
Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Impfstellen - gesamt	2.008.337,32	0,00	-2.731.182,50	62.544,21	348.619,48	-10.587,27	-37.477,10	-15.388,98	0,00	-375.134,84
<i>davon:</i>										
§1b >§1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne	2.008.337,32	0,00	-2.731.182,50	62.544,21	348.619,48	-10.587,27	-37.477,10	-15.388,98	0,00	-375.134,84
§1b >§1a Z2 Impfstellen: zusätzliche										
Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1b>§1aZ5 Impfstellen Aufwandsentsch. F.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1d COVID-19-Selbsttestst, Abgabe in										
Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1e Mehraufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	540,00	0,00	0,00	0,00	0,00	540,00
§ 1f Ao. Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2025	5.119.745,65	0,00	-2.731.182,50	45.304,52	732.031,03	-10.587,27	-32.047,10	-594.092,83	-2.688,12	2.526.483,38

Tabelle 2.8.5: Verbrauch der im Jahr 2021 geleisteten Akontozahlungen

	Akonto									
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer Verbrauch Akonto (Beträge in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	2.128.427,96	3.767.543,02	9.591.598,98	11.258.868,87	4.893.428,40	15.080.352,81	4.412.360,39	7.548.916,48	530.690,03	59.212.186,94
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	3.439.814,47	1.124.092,06	1.012.771,97	945.876,99		775.124,98	149.042,58	1.728.277,72	1.117.455,01	10.292.455,78
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	8.871.191,24		1.833.763,09	45.517,00	85.739,01	157.923,02	300.111,65		172.009,95	11.466.254,96
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	116.098,72	346.228,12	87.023,72		47.388,62	132.604,93	32.458,01	28.932,43	5.854,55	796.589,10
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwasnd izH mit §5 EpiG Untersuchungen	5.595.481,87	5.336.077,71	8.237.518,00	10.756.759,21	2.603.907,10	6.834.276,72	7.865.815,72	517.284,52	3.419.739,17	51.166.860,02
Testungen - gesamt	40.492.165,99	13.674.810,60	104.362.041,54	42.996.203,91	12.870.217,10	98.078.611,07	5.396.996,56	113.265.198,00	6.268.923,79	437.405.168,56
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	40.492.165,99	13.327.279,22	104.362.041,54	42.996.203,91	12.862.597,10	97.029.939,75	5.169.544,17	113.265.198,00	6.268.923,79	435.773.893,47
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten		81.562,38			-8.190,00	1.048.671,32	68.722,25			1.190.765,95
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige		265.969,00			15.810,00		158.730,14			440.509,14
Impfstellen - gesamt:	22.912.608,02	1.502.457,2100	11.216.486,9700	291.467,2900	5.754.191,0700	49.073.413,6300	12.327.239,1800	9.216.375,1800	6.204.852,9100	118.499.091,46
davon:										
§1b->§1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	22.912.608,01600	1.221.685,75	11.216.486,97	291.467,29	5.754.191,07	41.782.928,10	1.986.017,55	8.442.784,68	4.836.015,41	98.444.184,84
§1b->§1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten							2.183.138,50			2.183.138,50
§1b->§1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige		280.771,46				7.290.485,53	8.158.083,13	773.590,50	1.368.837,50	17.871.768,12
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	1.806.560,20	92.425,00	3.561.530,29			984.310,00	0,00	464.306,68		6.909.132,17
§1d COVID-19-Selbsttestst, Abgabe in Apotheken, KFA	603.918,67	75.430,00	720.043,97			186.310,00	0,00			1.585.702,64
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen		250.000,00	1.081.504,61	2.693.703,41	714.345,40	1.164.437,36	1.701.900,00		207.795,78	7.813.686,56
§1f Ao. Zuwendungen			13.093.700,00	10.943.500,00	1.451.000,00		4.270.024,00	5.627.147,82	2.467.500,00	37.852.871,82
Summe	85.966.267,13	26.169.063,72	154.797.983,14	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	743.000.000,00
Akontozahlung	85.966.267,13	26.169.063,72	154.797.983,14	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	743.000.000,00
Akonto Rest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Titel	Impffinanzierungsgesetz (DB 24.01.01.00)									
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	10.000.000,00 € veranschlagt (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zweckzuschussgesetz und Impffinanzierungsgesetz)									
Beschreibung der Maßnahmen	Im Zeitraum vom 1.Juli 2023 bis 31.3.2024 leistete der Bund einen Zweckzuschuss an die Länder in Höhe von 20 Euro pro nachweislich verabreichter COVID-19-Impfung. Die Vorlage der für die Geltendmachung und die Abrechnung der Zweckzuschüsse erforderlichen Unterlagen hatte bis längstens 31.3.2025 zu erfolgen. Grundlage: COVID-19-Impffinanzierungsgesetz BGBl. I Nr. 69/2023									
Materielle Auswirkungen	Da es sich beim COVID-19-Impffinanzierungsgesetz um eine finanzausgleichsrechtliche Regelung handelt, beziehen sich die Kostenersätze lediglich auf COVID-19-Impfungen, die im Auftrag der Länder oder Gemeinden oder direkt von diesen durchgeführt werden. Der Bund leistete Zweckzuschüsse an die Länder und Gemeinden für die Durchführung der COVID-19-Impfungen in der Höhe von 20 € pro nachweislich verabreichter Impfung. Bisher wurden im Jahr 2025 1.750 verabreichte Impfungen abgerechnet.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß Impffinanzierungsgesetz getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>April 2025</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>0,00</td> <td>35.000,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>35.000,00</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	April 2025	Summe	0,00	35.000,00	Gesamt		35.000,00
	Vormonate	April 2025								
Summe	0,00	35.000,00								
Gesamt		35.000,00								

	Tests im niedergelassenen Bereich an symptomatischen Patienten gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulanzen für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBI. I Nr. 69/2023) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen.</p> <p>Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests und die dazugehörige Dokumentation hat der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen. Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Die Maßnahme ist mit 31.03.2024 außer Kraft getreten.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742 ASVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Tests:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td> <td>5.196.716</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>4.Qu.2020 – 3.Qu.2024</td> <td>536.413</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td> <td>301.354</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>6.034.483</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	5.196.716	BVAEB	4.Qu.2020 – 3.Qu.2024	536.413	SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	301.354	Gesamt		6.034.483
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	5.196.716														
BVAEB	4.Qu.2020 – 3.Qu.2024	536.413														
SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2024	301.354														
Gesamt		6.034.483														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):			
	Vormonat	April 2025	gesamt	
ÖGK	0,00	0,00	0,00	
BVAEB	1.575,00	0,00	1.575,00	
SVS	14.820,00	0,00	14.820,00	
Summe	16.395,00	0,00	16.395,00	

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																				
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																				
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, von Juni bis Oktober 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022 (Wiedereinführung). Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG																				
Materielle Auswirkungen	Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>03/2021 - 10/2021 04/2022 - 06/2023</td> <td>12.717.508 9.846.136</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>03/2021 - 10/2021 04/2022 - 06/2023</td> <td>1.603.217 1.447.716</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>03/2021 - 10/2021 04/2022 - 05/2023</td> <td>1.362.435 981.991</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>27.959.003</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	03/2021 - 10/2021 04/2022 - 06/2023	12.717.508 9.846.136	BVAEB	03/2021 - 10/2021 04/2022 - 06/2023	1.603.217 1.447.716	SVS	03/2021 - 10/2021 04/2022 - 05/2023	1.362.435 981.991	Gesamt		27.959.003					
Träger	Zeitraum	Fallzahl																			
ÖGK	03/2021 - 10/2021 04/2022 - 06/2023	12.717.508 9.846.136																			
BVAEB	03/2021 - 10/2021 04/2022 - 06/2023	1.603.217 1.447.716																			
SVS	03/2021 - 10/2021 04/2022 - 05/2023	1.362.435 981.991																			
Gesamt		27.959.003																			
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonat</th> <th>April 2025</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>1.908,90</td> <td>0,00</td> <td>1.908,90</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>1.908,90</td> <td>0,00</td> <td>1.908,90</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonat	April 2025	gesamt	ÖGK	0,00	0,00	0,00	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	1.908,90	0,00	1.908,90	Summe	1.908,90	0,00	1.908,90
	Vormonat	April 2025	gesamt																		
ÖGK	0,00	0,00	0,00																		
BVAEB	0,00	0,00	0,00																		
SVS	1.908,90	0,00	1.908,90																		
Summe	1.908,90	0,00	1.908,90																		

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMASGPK festgelegte pauschalierte Honorar in Höhe von 15 € (seit 01.07.2023; BGBl. I Nr. 69/2023) für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Vor dem 01.07.2023 wurden die tatsächlich angefallenen Aufwendungen der Träger aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt. Seit dem 01.07.2024 gilt dies auch für Impfungen, die von einer durch ein Bundesland oder eine Gemeinde eingerichteten öffentlichen Impfstelle durchgeführt wurden.</p> <p>Die Maßnahme ist derzeit bis zum 30.03.2027 in Kraft.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Impfungen:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2024</td> <td>5.334.731</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2024</td> <td>917.756</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>1.Qu.2021 – 2.Qu.2024</td> <td>805.416</td> </tr> <tr> <td align="right">Gesamt</td> <td></td> <td>7.057.903</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	5.334.731	BVAEB	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	917.756	SVS	1.Qu.2021 – 2.Qu.2024	805.416	Gesamt		7.057.903
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	5.334.731														
BVAEB	1.Qu.2021 – 1.Qu.2024	917.756														
SVS	1.Qu.2021 – 2.Qu.2024	805.416														
Gesamt		7.057.903														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):		
	Vormonat	April 2025	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	0,00	0,00	0,00
SVS	149.080,00	0,00	149.080,00
Summe	149.080,00	0,00	149.080,00

Titel	Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)																				
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																				
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) BKUVG ist vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrucke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.																				
Materielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Ausdrucke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2024</td> <td>4.564.184</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2024</td> <td>569.703</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023</td> <td>474.328</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>5.608.215</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2024	4.564.184	BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2024	569.703	SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	474.328	Gesamt		5.608.215					
Träger	Zeitraum	Fallzahl																			
ÖGK	2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2024	4.564.184																			
BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2024	569.703																			
SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	474.328																			
Gesamt		5.608.215																			
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonat</th> <th>April 2025</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>42,00</td> <td>0,00</td> <td>42,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>42,00</td> <td>0,00</td> <td>42,00</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonat	April 2025	gesamt	ÖGK	0,00	0,00	0,00	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	42,00	0,00	42,00	Summe	42,00	0,00	42,00
	Vormonat	April 2025	gesamt																		
ÖGK	0,00	0,00	0,00																		
BVAEB	0,00	0,00	0,00																		
SVS	42,00	0,00	42,00																		
Summe	42,00	0,00	42,00																		

Titel	COVID-19 Arzneimittel, Beratung im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	50.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG hat der Krankenversicherungsträger den im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, Vertragsgruppenpraxen sowie Primärversorgungseinheiten für jede Beratung einer in der Krankenversicherung anspruchsberechtigten Person im Zusammenhang mit einem Heilmittel zur Behandlung von COVID-19 ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG															
Materielle Auswirkungen	Von Vertragspartnern durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMASGPK erstattete Beratungsgespräche: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>09/2022 – 03/2024</td> <td>436.491</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>09/2022 - 05/2024</td> <td>51.534</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>09/2022 - 06/2023</td> <td>27.773</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>515.798</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	09/2022 – 03/2024	436.491	BVAEB	09/2022 - 05/2024	51.534	SVS	09/2022 - 06/2023	27.773	Gesamt		515.798
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	09/2022 – 03/2024	436.491														
BVAEB	09/2022 - 05/2024	51.534														
SVS	09/2022 - 06/2023	27.773														
Gesamt		515.798														
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonat</th> <th>April 2025</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>1.555,74</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>1.555,74</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonat	April 2025	ÖGK	0,00	0,00	BVAEB	0,00	0,00	SVS	1.555,74	0,00	Gesamt		1.555,74
	Vormonat	April 2025														
ÖGK	0,00	0,00														
BVAEB	0,00	0,00														
SVS	1.555,74	0,00														
Gesamt		1.555,74														

Titel	Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	44.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen.</p> <p>Grundlage:</p> <ul style="list-style-type: none"> MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 MRV 8/21 vom 2. März 2022 <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 69/2023 sowie Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genehmigt wird</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht derzeit aus Impfstoffen von zwei verschiedenen Herstellern, wobei die Verträge sich in Stadien von bereits vollständig erfüllt bis laufenden Auslieferungen befinden.</p> <p>Bisher wurden rund 62,1 Mio. Impfstoffdosen von Österreich aus den bestehenden Verträgen abgerufen.</p> <p>Die EU hat Ende Mai 2023 in langwierigen Verhandlungen mit BioNTech-Pfizer erreicht, dass die Lieferverpflichtungen von 9,8 Mio. Impfdosen für 2023 um 4,9 Mio. reduziert wurden. Die restlichen Dosen wurden auf die Jahre 2023 (1,9 Mio.), 2024 (1,2 Mio.) und 2025 (1,8 Mio.) aufgeteilt.</p> <p>Nach Zulassung des BioNTech-Pfizer COVID-19-Impfstoffes auf die Variante JN.1. durch die Europäische Kommission am 03.07.2024 fand die Anlieferungen ab Juli 2024 durch den Hersteller statt.</p> <p>Mit 26.09.2024 wurde ein erneut auf die aktuellere Virusvariante KP.2. adaptierter Impfstoff des gleichen Impfstoffes zugelassen und ab Mitte Oktober 2024 nach Österreich geliefert.</p> <p>Im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme wurden bis Ende Februar 2025 insgesamt 9.752.262 Dosen Impfstoffe gespendet.</p>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €):		
		Vormonate	April 2025
	Summe	109.830,50	19.240,84
	Gesamt	129.071,34	

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)									
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	44.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)									
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr.69/2023									
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio. € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 steht eine weitere Folgebeauftragung mit einer Laufzeit bis 31. Mai 2025 und einem Höchstvolumen von 70 Mio. Dosen und maximal Kosten iHv. 36,2 Mio € in Kraft. Es besteht keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf. Für die ordnungs- und gesetzmäßige Entsorgung wird der Logistikpartner beauftragt, der über Entsorgungsfirmen (Subunternehmer) die sachgerechte Entsorgung organisiert. Das BMASGPK erhält in weiterer Folge Zertifikate, dass die Impfstoffe ordnungsgemäß vom Entsorgungsunternehmen übernommen und vernichtet wurden. Die Entsorgungskosten der Impfstoffe für den Berichtszeitraum betragen rd. 2,888 Mio. €. Diese Kosten umfassen alle Leistungen, die für die entsorgten Impfstoffe angefallen sind – darunter insbesondere die langzeitige Lagerhaltung. Die restlichen rd. 1,810 Mio. € wurden für Impfstofflogistikkosten ausbezahlt.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonat</th> <th>April 2025</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>3.969.342,23</td> <td>728.980,47</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>4.698.322,70</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonat	April 2025	Summe	3.969.342,23	728.980,47	Gesamt		4.698.322,70
	Vormonat	April 2025								
Summe	3.969.342,23	728.980,47								
Gesamt		4.698.322,70								

Titel	Informationsschreiben 3. und 4. Impfung (DB 24.03.01.00)									
Im BFG 2025 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	44.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)									
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß Impfplan Österreich wurde allen Personen ab dem vollendeten 5. Lebensjahr eine 3. Impfung empfohlen. Laut den damaligen Empfehlungen konnte die 4. Impfung bei Personen ab dem vollendeten 12. Lebensjahr durchgeführt werden und wurde jeder Person empfohlen, die sich schützen wollte. Für Personen ab einem Alter von 60 Jahren, Personen mit dem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf und Personen mit einem erhöhten Expositions- und damit Infektionsrisiko wurde die 4. Impfung besonders empfohlen. Um die Bereitschaft für die dritte und vierte Impfung zu erhöhen, wurde ein personalisiertes Erinnerungsschreiben auf dem Postweg versandt. Für die 3. Impfung solten alle Personen angeschrieben werden die älter als 18 Jahre alt waren und deren 2. Impfung mindestens 180 Tage zurücklag. Für die 4. Impfung sollten alle Personen angeschrieben werden die älter als 60 Jahre alt waren, und deren 3. Impfung mindestens 180 Tage zurücklag. Es ergingen keine Schreiben an Personen, die für die aktuell gem. NIG-Anwendungsempfehlung vorgesehene Impfung schon ein Erinnerungsschreiben erhalten hatten.									
Materielle Auswirkungen	Für den Versand der Erinnerungsschreiben wurde die Post AG beauftragt. Hierfür wurden knapp 5,403 Mio. Versendungen vorgenommen. Das Projekt ist mit 30.06.2023 ausgelaufen.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2025 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonat</th> <th>April 2025</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>2.179,63</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">2.179,63</td></tr> </tbody> </table>		Vormonat	April 2025	Summe	2.179,63	0,00	Gesamt	2.179,63	
	Vormonat	April 2025								
Summe	2.179,63	0,00								
Gesamt	2.179,63									

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Stubenring 1, 1010 Wien
Telefon: +43 1 711 00 – 0
Fax: +43 1 7158258
E-Mail: post@sozialministerium.gv.at
www.sozialministerium.gv.at

